

Protest gegen Kürzungen: Aktionstag der AWO- Migrationsdienst auf dem Platz von Gennevilliers

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sieht für das Haushaltsjahr 2023 deutliche Kürzungen in der MBE (Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer) vor. Alle Verbände der Freien Wohlfahrt müssen mit einem gekürzten Gesamt-Budget in Höhe von 57 Mio. € (vorher 71 Mio. €) rechnen.

„Mit Blick auf die derzeitigen und weiteren politischen Entwicklungen schätzen wir die Migrationssozialarbeit als unabdingbaren Pfeiler funktionierender Teilhabe und Integration ein“, erklärt dazu die AWO. Deshalb lädt der Verband am Mittwoch, 14. September, zum Aktionstag 2022 der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und des Jugendmigrationsdienstes (JMD) ein.

In der Zeit von 10.00 bis 12.00 Uhr gibt es in der Bergkamener Fußgängerzone auf dem Platz von Gennevilliers einen informativen Austausch zu den Leistungen und der sozialpolitische Relevanz der Migrationsberatungsdienste.

Gut gerüstet für den Schulweg: Sicherheitswesten

und Blinkis von den GSW für die Tornister aller Erstklässler in Kamen, Bönen und Bergkamen



Stellvertretend für die 19 Grund- und Förderschulen in Kamen, Bönen und Bergkamen hat sich die Klasse 1 c der Pfalzschule über die nützlichen Helfer für den sicheren Schulweg gefreut. Foto: GSW

Die Gemeinschaftsstadtwerke Kamen, Bönen und Bergkamen engagieren sich über die reine Energieversorgung hinweg auch für das Leben vor Ort. Dazu zählt auch der Bildungsbereich.

Neben Energieprojekten, die in Kooperation mit der Deutschen Umweltaktion e.V. kostenfrei für KiTas und Grundschulen angeboten werden, wurde dieses Jahr erstmalig ein Beitrag zur

Sicherheit von Schulanfängern geleistet. Alle Erstklässler im Versorgungsgebiet der GSW haben ein Set bestehend aus Sicherheitsweste, Blinklicht für die Schultasche und Lesezeichen aus Samenpapier erhalten – Umweltfreundlich verpackt in einer Obst- und Gemüsetasche für den plastikfreien Einkauf der Eltern. Damit sind die rund 1.200 neuen Schülerinnen und Schüler aus Kamen, Bönen und Bergkamen für den Schulweg während der dunklen Jahreszeit gewappnet.

Ersthelfer retten Mutter und ihre Kinder aus brennender Wohnung



Aus bisher unbekannter Ursache ist einer Wohnung im Obergeschoss eines Mehrfamilienhaus an der Hußmannstraße in Kamen in Brand geraten. Foto: Polizei Unna

Zwei Ersthelfer haben am Dienstagmorgen in Kamen eine Mutter und ihre zwei Kinder aus einer brennenden Wohnung gerettet.

Aus bislang noch ungeklärter Ursache geriet gegen 9.35 Uhr die Wohnung im Obergeschoss eines Mehrfamilienhauses an der Hußmannstraße in Brand, in der sich eine 43-Jährige sowie ihre Kinder im Alter von vier Jahren und einem Jahr aufhielten. Sie schliefen zu diesem Zeitpunkt und wurden erst durch die starke Rauchentwicklung wach.

Mehrere Nachbarn und Anwohner wurden auf die Situation aufmerksam. Ein Ersthelfer stellte sich unter ein Fenster und

ging die beiden Kinder auf, die die Frau herunterließ. Ein weiterer Ersthelfer trat die Wohnungstür ein und brachte die Mutter ins Freie.

Die Familie wurde durch Rauchgase leicht verletzt und musste in ein Krankenhaus gebracht werden. Im Zuge der Löscharbeiten wurde außerdem ein Feuerwehrmann leicht verletzt, der vor Ort zwar ambulant behandelt werden musste, aber dienstfähig blieb.

Das zuständige Ordnungsamt stufte das Gebäude vorerst als unbewohnbar ein. Ersten polizeilichen Schätzungen zufolge entstand ein Sachschaden von mehr als 150.000 Euro. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und wird die Brandstelle mit einem Sachverständigen begutachten.

Ferienzeit macht sich noch bemerkbar: Arbeitslosigkeit aktuell kaum verändert

Im Kreis Unna erhöhte sich der Bestand an gemeldeten Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um 20 auf 15.796. Im Vergleich zu August 2021 reduzierte sich die Arbeitslosigkeit um 236 (-1,5 Prozent). Die Arbeitslosenquote verblieb mit 7,4 Prozent auf dem Niveau des Vormonats. Vor einem Jahr betrug sie 7,5 Prozent.

„Während es im Juli noch einen starken Anstieg an arbeitslosen Menschen im Kreis Unna gegeben hat, zeichnete sich der August vorwiegend durch eine stabile Seitwärtsbewegung aus. Der moderate Zuwachs ausländischer und älterer Arbeitsloser konnte dabei durch den Abgang langzeitarbeitsloser sowie jüngerer Menschen nahezu kompensiert werden“, beschreibt Agenturchef

Thomas Helm die Lage im Kreis Unna. Auch auf der Stellenseite habe es eine spürbare Erholung gegeben: „Sowohl Zugang als auch Bestand haben sich deutlich erhöht und schaffen damit zahlreiche Beschäftigungsperspektiven.“

Dennoch weist der Agenturchef auf bestehende Risiken hin: „Der Arbeitsmarkt wird gerade von immensen Kräften beeinflusst, deren Entwicklung sich nur schwer vorhersagen lässt. Wir müssen damit rechnen, dass sich der Mangel an benötigten Fachkräften verstärkt und sich dadurch sowie durch Materialengpässe die Betriebstätigkeit in verschiedenen Branchen in den nächsten Monaten verringert. Ebenso wirken die geopolitische Lage sowie drohende Energiekrise auf den Arbeitsmarkt. Der Herbst birgt daher ein gewisses Unsicherheitspotenzial, das sich auch in steigenden Arbeitslosenzahlen niederschlagen kann.“

Entwicklung in den zehn Kommunen des Kreises

In vier der zehn Kommunen des Kreises Unna nahm die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat ab. Den stärksten Rückgang verzeichnete Holzwickede (-3,2 Prozent bzw. 15 auf 456). Danach folgen Kamen (-1,9 Prozent bzw. 35 auf 1.820), Lünen (-1,0 Prozent bzw. 46 auf 4.568) und Unna (-0,3 Prozent bzw. sechs auf 1.991). In Schwerte hingegen stieg die Arbeitslosigkeit an (+0,7 Prozent bzw. 11 auf 1.519), ebenso in Bergkamen (+1,5 Prozent bzw. 34 auf 2.285), Fröndenberg (+1,7 Prozent bzw. 10 auf 586), Werne (+2,1 Prozent bzw. 19 auf 922), Bönen (+2,6 Prozent bzw. 18 auf 715) und Selm (+3,3 Prozent bzw. 30 auf 934).

Stressfreie Blutspende mit Termin und Maske beim DRK

Zur stressfreie Blutspende mit Termin und Maske lädt das DRK am Freitag, 9. September, von 16 bis 19.30 Uhr in den Treffpunkt an der Lessingstraße ein.

Stephan Jorewitz vom Zentrum für Transfusionsmedizin in Hagen hat die Unentbehrlichkeit der Blutspenden unterstrichen und allen Spende willigen den Tipp gegeben: „Bitte reservieren Sie sich unter www.blutspende.jetzt_im Vorfeld einen Termin und vergessen Sie Ihre medizinische Maske nicht. So bleibt die Blutspende weiterhin eine stressfreie und sichere Angelegenheit ohne lange Warteschlangen.“ Weitere Informationen und Termine erhalten Sie kostenfrei unter 0800 -11 949 11.

Die 3G-Regelung auf allen vom DRK-Blutspendedienst West angebotenen Blutspendeterminen entfällt. Die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (mindestens OP-Maske) besteht weiterhin. Um Terminreservierungen unter www.blutspende.jetzt wird ausdrücklich gebeten; sie reduzieren Warteschlangen und sichern Abstände. Blut spenden kann jeder ab 18 Jahren; Neuspender bis zum 69. Geburtstag. Zur Blutspende **muss** immer ein amtlicher Lichtbildausweis mitgebracht werden. Männer dürfen sechs Mal und Frauen vier Mal innerhalb von zwölf Monaten Blut spenden. Zwischen zwei Blutspenden müssen 56 Tage liegen. Für alle, die mehr über die Blutspendetermine in Wohnortnähe erfahren wollen, hat der DRK-Blutspendedienst West im Spender-Service-Center eine kostenlose Hotline geschaltet. Unter 0800 -11 949 11 werden montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr alle Fragen beantwortet. Weitere Informationen und Corona-FAQ finden Sie unter www.blutspendedienst-west.de/corona

Von Geräuschen geweckt: Bewohner eines Einfamilienhauses an der Russelstraße überrascht zwei Einbrecher

Geweckt durch unbekannte Geräusche stand ein Bewohner eines Einfamilienhauses an der Russelstraße am späten Dienstagabend plötzlich zwei unbekanntem Männern gegenüber.

Es war gegen 23.10 Uhr als der Geschädigte wach wurde und nachsah, woher die Geräusche kamen. Im Flur traf er dann auf zwei Einbrecher, die sofort die Flucht ergriffen und das Haus über die Terrasse verließen.

Zuvor hatten die Täter ein Fenster im Erdgeschoss eingeschlagen und sich dadurch Zutritt zum Haus verschafft. Sie durchsuchten das Obergeschoss und wurden dann vom Geschädigten überrascht. Ob etwas entwendet wurde, stand zum Zeitpunkt der Anzeigenaufnahme noch nicht fest.

Die Täter werden wie folgt beschrieben:

- beide etwa 180 bis 185 cm groß
- kräftige Statur
- dunkle Hautfarbe
- kurze dunkle Haare
- dunkler Jogginganzug

Wer in diesem Zusammenhang verdächtige Wahrnehmungen gemacht

hat, meldet diese bitte bei der Polizei in Kamen unter 02307 921 3220 oder 921 0.

AWO macht Druck: „Sprach-Kitas retten“!



Fachgespräch zum Thema Sprach-Kitas mit Oliver Kaczmarek im Heinrich-Martin-Heim in Bergkamen.

Bergkamen. Eine böse Überraschung erlebten die Kindertagesstätten Anfang Juli, als das Bundesfamilienministerium überraschend erklärte, dass im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 keine Finanzmittel für die Fortsetzung des erfolgreichen Bundesförderprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ eingeplant sind. Betroffen in Bergkamen wären davon sieben SprachKitas.

Am vergangenen Freitag lud der SPD Bundestagsabgeordnete

Oliver Kaczmarek daher betroffene Akteur*innen aus seinem Wahlkreis ins AWO-Kulturzentrum Heinrich-Martin-Heim in Bergkamen ein, um die Konsequenzen aus dieser Ankündigung zu diskutieren und mögliche Optionen aufzuzeigen. Dabei bekräftigte er, dass er sich für eine Fortführung des Programms einsetzen werde: „Ich erwarte, dass die Bundesfamilienministerin zusammen mit den Familienministerinnen der Länder sehr zügig eine Lösung herbeiführt, damit die Sprachförderung in den Kitas im unveränderten Umfang weitergeführt werden kann. Wir in der SPD-Bundestagsfraktion werden dafür kämpfen, dass das gelingt.“

Geschäftsführer der AWO Ruhr-Lippe-Ems (RLE) und Fachsprecher Kindertagesbetreuung der AG Wohlfahrt im Kreis Unna, Rainer Goepfert, nimmt Kaczmarek beim Wort und spitzt das Thema zu: „Im Koalitionsvertrag war ganz klar von Verstetigung des Programms die Rede. Die Ankündigung der Familienministerin ist schlichtweg ein Wortbruch.“ Für die 31 Sprachfachkräfte, die allein die AWO Ruhr-Lippe-Ems beschäftigt, und die vielen betroffenen Familien fordert er eine schnelle Zusage zur Weiterfinanzierung.

„Das Bundesprogramm Sprach-Kitas sorgt tagtäglich durch zusätzliche Mittel und Fachpersonal für eine bessere Qualität der Sprachbildung, Integration und Inklusion von Kindern. In der aktuellen Situation, in der sich Einrichtungen der frühkindlichen Bildung mit Fachkräftemangel, Corona-Pandemie und der zusätzlichen Betreuung von Kindern und Familien aus der Ukraine auseinandersetzen müssen, wäre der Wegfall der Sprach-Kitas ein enormer Verlust mit langfristigen, nicht absehbaren Folgen“, betonte Göpfert.

Im Sinne der Teilhabe und Chancengleichheit hob die Sprecherin der AG Wohlfahrt im Kreis Unna, Dorothee Schackmann hervor, dass die Politik mit dieser Entscheidung eine Lücke hervorrufe, die auf dem weiteren Bildungsweg der Kinder nicht mehr geschlossen werden könne.

Auch die SPD Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel betonte, dass alle Kinder und Eltern einer Sprach-Kita von den auf Sprachförderung spezialisierten Erzieherinnen und Erziehern profitieren. Den drohenden Wegfall der Stellen ein halbes Jahr vor dem Auslauf des Programms könne sie nicht nachvollziehen. Damit traf sie genau den Nerv der anwesenden Kita-Leitungen und Sprachkräfte verschiedener Kita-Träger aus dem Kreis, die sich um die Weiterbeschäftigung ihrer Kolleg*innen und die Verwässerung wichtiger Förderstrukturen für benachteiligte Kinder große Sorgen machen.

Am Ende der Veranstaltung stand die einhellige Meinung, dass es kein Ende der SprachKitas geben darf und man von den zuständigen Ministerien von Bund und Ländern eine zügige Lösung erwartet. In diesem Zusammenhang wurde dringend auf die Petition 137016 an den Deutschen Bundestag hingewiesen, die Unterschriften zum Erhalt der Sprach-Kitas sammelt. Diese kann auf der Homepage des Bundestages auch online gezeichnet werden.

**SPD-Kreistagsfraktion
fordert: Entlastung durch
Bund und Land – Kreis und
Kommunen sind systemrelevant!**



Nehmen zum Entwurf des Haushalts 2023 des Kreis Unna Stellung: der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hartmut Ganzke (l.) und Daniel Heidler, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) im Kreis Unna.

Nach der Vorstellung der Eckdaten für den Kreishaushalt 2023 durch Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke zeigt sich der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Hartmut Ganzke (Foto links), sichtbar ernüchtert. „Aktuell gehen wir von einer Erhöhung der Kreisumlage um 41,7 Millionen aus.“ Die zehn Städte und Gemeinden im Kreis Unna müssten somit rund 284 Millionen für die allgemeine Kreisumlage aufbringen. Für Bergkamen würde dies eine Mehrbelastung von über 5 Millionen Euro ausmachen.

Die SPD-Fraktion hatte die SPD-Vertreter aus den Kommunen eingeladen, um die ersten Zahlen zum Haushalt 2023 gemeinsam zu erörtern. „In den letzten Jahren haben wir es geschafft,

die kommunale Familie deutlich zu entlasten. Die jetzigen Rahmenbedingungen lassen dem Kreis Unna keinen Spielraum“, schätzt Ganzke die aktuelle Lage ein.

Insbesondere zwei Faktoren treiben die Kreisumlage in die Höhe: die Umlage für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe steigt um 15 Millionen Euro auf 130 Millionen Euro, insbesondere durch steigende Ausgaben in der Eingliederungshilfe und im Schulbereich. Die Zahlung an den LWL stellt damit wieder die größte Ausgabenposition im Kreishaushalt dar. Aus Sicht der Sozialdemokraten müssen die stetig steigenden Kosten durch Bund und Land übernommen werden. Der weitere wesentliche Ausgabenblock sind die Kosten der Unterkunft, die um rund 15 Millionen steigen. Wie in privaten Haushalten schlagen hier die gestiegenen Energiekosten voll durch. Auch die richtige Entscheidung des Bundes, dass geflüchtete Menschen aus der Ukraine seit dem 1.7.22 Anspruch auf SGB-II-Leistungen haben, führt zu einem deutlichen Anstieg von Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter des Kreises Unna. Zwar habe der Kreis Unna sofort eine konjunkturelle Bewirtschaftungssperre erlassen, aber gegen diese Ausgabenblöcke ist aus Sicht der SPD nicht anzusporen.

Für die zehn Kommunen im Kreis Unna wird die geplante Kreisumlage ein nicht zu leistender Kraftakt. „Die Kommunen sollen vor Ort alles leisten, aber werden finanziell im Stich gelassen“, richtet Hartmut Ganzke seinen Blick „nach oben“. Daniel Heidler, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) im Kreis Unna und Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion Kamen betont: „Das Land NRW ertrinkt fast in Steuerüberschüssen, lässt aber die Kommunen finanziell absaufen. Wo sind die Konzepte des Landes?“

Insbesondere mit Blick auf die Inflationsentwicklung und steigende Energiekosten bräuchten die Kommunen dringend Unterstützung. Gerade das schnelle Handeln in der Coronapandemie und die fortlaufende Aufnahme geflüchteter Menschen zeigen, die Kommunen sind systemrelevant! Hier ist

die neue schwarz-grüne Landesregierung gefordert. „Statt warmer Worte und dem Blick Richtung Berlin, muss das Land über einen landeseigenen Heizkostenzuschuss nachdenken“, nennt Daniel Heidler einen konkreten Vorschlag. Gerade die nicht planbare Entwicklung in den nächsten Monaten mache eine zügige Unterstützung nötig, fordern Hartmut Ganzke und Daniel Heidler.

Oberadener Feuerwehr soll an der Jahnstraße hinter Lidl ein neues Zuhause bekommen



Hinter dem Lidl soll an der Jahnstraße in Oberaden das neue Feuerwehrgebäude errichtet werden.

Bisher galt ausgemacht, dass die Löschgruppe Oberaden ihr

neues Gerätehaus auf dem Gelände der Jahnschule erhalten soll, nachdem sie einmal an die Preinstraße auf den Standort der ehemaligen Burgschule umgezogen ist. Dieser Plan ist inzwischen Makulatur geworden. Der Neubau für die Jahnschule schleppt sich hin. Für die Feuerwehr soll nun an der Jahnstraße auf einem Grundstück hinter dem Lidl ein neues Gebäude erhalten, das neben der Löschgruppe Oberaden auch die Jugendfeuerwehr aufnehmen wird. Es soll außerdem zentraler Schulungsstandort die die Feuerwehrleute werden und es soll die Feuerwehrverwaltung aus dem Rathaus dorthin umziehen.

Wie Bürgermeister Bernd Schäfer und die fürs Feuerwehrwesen zuständige Beigeordnete Christine Busch erklärten, sei der Grundstückskaufvertrag mit dem bisherigen Eigentümer bereits unterzeichnet worden – vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrats. Er soll über den Vertrag in seiner nächsten Sitzung am Donnerstag, 15. September, ab 17.15 Uhr im nichtöffentlichen Teil beraten und absegnen. Das Grundstück befindet sich im sogenannten Außenbereich. Der Kreis Unna hat allerdings seine Zustimmung für eine Bebauung signalisiert. Im Gegenzug werde die Stadt eine gleichgroße Fläche entsiegeln, erklärte Schäfer.

Hauptgrund für diesen Standortwechsel ist, dass der geplante Neubau für die Jahnschule sich erheblich verzögern wird. Zunächst hatte es Schwierigkeiten gegeben, die dafür notwendige europaweite Ausschreibung auf den Weg zu bringen. Und nachdem sie erfolgt war, hatte kein Unternehmen Interesse für dieses Projekt gezeigt.

Bernd Schäfer und Christine Busch zeigten sich überzeugt, dass es trotzdem gelingen wird, für die Jahnschule neu zu bauen. Der dann leergezogene Altbau soll dann noch gute Dienste leisten, wenn das Bergkamener Rathaus modernisiert und wahrscheinlich auch einen Anbau erhalten wird. Die Arbeiten könnten dann etagenweise erfolgen. Dabei würden die Büro mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in das Altgebäude der Jahnschule umziehen. Die Stadt könnte sich so die teureren Miete

für Container sparen. Klar sei dabei, dass die Substanz des Jahnschul-Gebäudes weiterhin schlecht sei, betonte Christine Busch.

Hinfällig würden so die Überlegungen für einen Rathausneubau. Viel zu teuer, meinte Bürgermeister Schäfer. Ursprünglich war die Verwaltung davon ausgegangen, dass ein Neubau mit rund 40 Millionen Euro kosten preisgünstiger sei als eine Kernsanierung. Jetzt rechnet Schäfer damit, dass ein Neubau dank der Preissteigerungen in den zurückliegenden Jahren nicht unter 60 bis 70 Millionen Euro zu haben sei,

Zwei Gästeführungen am Sonntag: „Altes Overberger Dorf“ und „Bergkamen im Nationalsozialismus“



Historisches Foto vom Wohlfahrtsgebäude in der Siedlung Schönhausen, das die Nazis von Frühjahr bis Herbst 1933 als Konzentrationslager nutzten.

Der Bergkamener Gästeführerring lädt zu zwei Gästeführungen am kommenden Sonntag, 4. September 2022, ein:

- 10.00 Uhr: Fahrrad-Rundfahrt „Das alte Overberger Dorf“ mit Gerd Koepe
- 14.00 Uhr: „Bergkamen im Nationalsozialismus“ mit Udo Nüsken

1) Radrundfahrt „Das alte Overberger Dorf“

Mit Gästeführer Gerd Koepe geht es mit eigenen Rädern und bei hoffentlich guten Witterungsverhältnissen durch den Bergkamener Stadtteil Overberge. Schwerpunkt liegt dabei auf den früh- und mittelalterlichen Ursprüngen des Dorfes entlang von Gold- und Kuhbach.

Gestartet wird zu der gut zweieinhalbstündigen Tour am Radweg Kuhbachtrasse/Werner Straße (gegenüber MC Donald).

- Termin: Sonntag, 4. September 2022, 10.00 Uhr
- Dauer: ca. 2,5 Std.
- Treffpunkt: Radwanderweg (Kuhbachstraße/Werner Straße)

2) Führung „Bergkamen im Nationalsozialismus“

Nicht nur in seinen „Vorzeigestädten“ Berlin, München oder Nürnberg hat der Nationalsozialismus sein Unwesen getrieben und Spuren hinterlassen, sondern er reichte bis in die kleinsten Orte des Deutschen Reichs, auch nach Bergkamen. Widerstand gegen diese Diktatur wurde auch hier zeitweilig im ortseigenen Konzentrationslager bestraft und gebrochen.

Udo Nüsken nimmt alle Interessierten mit auf einen ca. zweieinhalbstündigen Spaziergang vom Friedhof über den Nordberg bis zur Kolonie Schönhausen. U.a. werden die Auswirkungen des Faschismus im Alltag der „einfachen“ Leute und die Veränderung und Auswirkungen von der kriegsvorbereitenden Zeit hin zum 2. Weltkrieg aufgezeigt.

- Termin: Sonntag, 4. September 2022, 14.00 Uhr

- Dauer: ca. 2,5 Std.
- Treffpunkt: Haupteingang Rathaus Bergkamen

Die jeweiligen Kosten betragen pro Person 3,00 € (Kinder bis 12 Jahre frei). Die Mindestteilnehmerzahl liegt bei 5 Personen.

MdL Silvia Gosewinkel kritisziert grüne Familienministerinnen: Auslaufen der Sprach-Kitas unverantwortlich



Silvia Gosewinkel. Foto:
Susie Knoll

Zum Ende des Jahres soll die Förderung von Sprach-Kitas in NRW wegfallen. Überraschend lässt das grün-geführte Bundesfamilienministerium die Finanzierung auslaufen. In Bergkamen 7, Kamen 7 und Bönen 6 betrifft dies insgesamt 20

Kitas. Während Bundesministerin Lisa Paus (Grüne) auf die Verantwortung der Länder verweist, sendet ihre grüne NRW-Kollegin, Familienministerin Josefine Paul, keine Signale für eine Weiterführung durch das Land. Das kritisiert SPD-Landtagsmitglied Silvia Gosewinkel.

Das Bundesprogramm richtet sich vorwiegend an Kitas, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf besucht werden: „Alle Kinder und Eltern einer Sprach-Kita profitieren von den auf Sprachförderung spezialisierten Erzieherinnen und Erzieher. Die Sprach-Kitas sind ein wichtiger Baustein für gelingendes Aufwachsen und Chancengleichheit. Den drohenden Wegfall der Stellen ein halbes Jahr vor dem Auslauf des Programms kann ich nicht nachvollziehen. Für mich ist es unverantwortlich, dass sich die grüne Bundesministerin und die grüne Landesministerin gegenseitig die Verantwortung zuschieben, statt eine gemeinsame Lösung vorzuschlagen“, erklärt Abgeordnete Silvia Gosewinkel.

Das Projekt der Sprach-Kitas soll nach Ansicht der Grünen nun nach elf Jahren auslaufen. Insgesamt sind in NRW 1.481 Kitas und 85 Personen in Fachberatungsstellen sowie 1.480 Fachkräfte in Kitas betroffen. Damit fallen für viele Kinder und ihre Familien wichtige Bausteine zum Abbau von Ungleichheiten weg. Die Betroffenen brauchen nun eine Lösung, damit wichtige Erkenntnisse und Fortschritte nicht wieder zunichtegemacht werden. „Ich erwarte von Ministerin Paul, dass sie sich für die Fortsetzung des Programms einsetzt. Das Land muss eine Anschlusslösung ermöglichen, damit nicht mitten im Winter die Fachkräfte fehlen“, erklärt Silvia Gosewinkel.

Die SPD-Fraktion hat das Thema per Kleiner Anfrage in den Landtag getragen. Doch die Antwort ist wenig vielversprechend. „Es ist schon bitter, wenn das Ministerium in NRW, das sowohl die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien wie auch Integration vertreten soll, keine Antwort auf diese drängende Frage hat“, sagt Silvia Gosewinkel. Offensichtlich reiche der

grüne Draht nicht bis ins grüne Bundesministerium. „Es genügt nicht, wenn Josefine Paul mit ihrer grünen Kollegin Beamten-Mikado spielt, nach dem Motto: Wer sich zuerst bewegt hat verloren. Ohne Bewegung werden nämlich die Kinder, Familien und die Beschäftigten die Verlierer sein.“